

Die Welt, wie Trump sie sieht

Von Michael T. Klare

Sich ein realistisches Bild von der Außenpolitik zu machen, die Donald Trump zu führen gedenkt, fällt bislang schwer. Anders als angehende Präsidenten vor ihm hat er weder präzise Positionspapiere darüber vorgelegt, was er vorzugsweise tun möchte, noch lange Reden dazu gehalten. Alles, woran wir uns einstweilen halten können, sind einige Interviews und Wahlkampfauftritte sowie seine Personalentscheidungen, die Besetzung der Spitzenämter in der künftigen Administration betreffend. Einige Beobachter schließen daraus, dass Trumps außenpolitische Vorstellungen laienhaft und inkohärent seien, ja dass er sie im Wesentlichen wohl aus den Schlagzeilen sowie aus seinen Erfahrungen als weltreisender Geschäftsmann beziehe. Doch bei näherem Hinsehen beginnt ein bestimmtes Muster sich abzuzeichnen. Da zeigt sich, dass Donald Trump durchaus über einen klaren Blick auf die Welt und auf die Rolle verfügt, die Amerika in ihr, wie er findet, spielen sollte – ja, in mancher Hinsicht werden seine Vorstellungen den heutigen Weltzuständen weit eher gerecht als diejenigen angesehener Experten und Politikstrategen in Washington.

Wer sich auch nur ein wenig länger in der amerikanischen Hauptstadt aufhält, entwickelt eine ganz spezifische Weltsicht. Er sieht ein Universum aus konzentrischen Kreisen mit dem Weißen Haus im Mittelpunkt sowie Kanada, Britannien und anderen englischsprachigen Alliierten als erstem Ring. Den zweiten bilden die restlichen Nato-Staaten plus Japan, Südkorea und Israel, den dritten wirtschaftliche und militärische Dauerpartner wie Taiwan, die Philippinen und Saudi-Arabien – und so weiter. Außerhalb dieses Systems von Abhängigkeitsverhältnissen befinden sich Amerikas Rivalen und Gegner: Russland, China, der Iran und Nordkorea. Seit Jahrzehnten zeigt die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sich im Wesentlichen bestrebt, die Verbindungen mit den Washington-freundlichen Ländern und dieser untereinander zu intensivieren, während sie die Außenseiter zu schwächen und zu isolieren versucht. Manchmal hieß dies, in den Krieg zu ziehen, um diejenigen im äußeren Bereich des Bündnissystems zu schützen und zu verhindern, dass die inneren Ringe in Gefahr geraten könnten.

Trump hingegen hat nicht viel Zeit im Dunstkreis der Hauptstadt verbracht und teilt die Washington-zentrische Weltsicht der meisten US-Politiker nicht. Er ist ein Geschäftsmann aus New York City mit global gestreuten Interessen und durchaus nicht geneigt, in Freund-, Feind- und Allianzmustern zu denken. In dieser Hinsicht ähnelt er Rex W. Tillerson, dem neuen Außenminister

und vormaligen CEO von ExxonMobil. Beide Männer betrachten die Welt als einen riesigen Dschungel, in dem das Gesetz der Konkurrenz herrscht und allenthalben Gelegenheiten locken, ebenso wie Gefahren drohen, ganz unabhängig davon, wie es um die mutmaßliche Loyalität oder Feindseligkeit irgendeiner Regierung zu Washington steht.

In der Welt, wie Donald Trump sie sieht, sind die Vereinigten Staaten nicht Mittelpunkt einer ausgedehnten Familie abhängiger Staaten, deren Schutz ihnen obliegt, sondern eines von vielen Machtzentren, die um Machtpositionen wetteifern und auf einem heiß umkämpften globalen Schachbrett ihren Vorteil suchen. Das Ziel amerikanischer Außenpolitik besteht in diesem Umfeld darin, vor allem US-Interessen durchzusetzen und die Pläne all jener zu durchkreuzen, die sich auf Kosten der Vereinigten Staaten Vorteile verschaffen wollen. In dieser konkurrenzgeprägten Konstellation ist jede Regierung ausschließlich daran zu messen, ob sie Amerikas Interessen fördert oder deren Durchsetzung behindert. Trump wird jedes ihm verfügbare Mittel einsetzen, um Partner zu belohnen und Widersacher zu bestrafen. Willige Mitspieler dürfen auf Staatsbesuche im Weißen Haus, vorteilhafte Geschäfte und Handelsabkommen hoffen sowie darauf, mit Menschenrechtserwägungen nicht behelligt zu werden; Gegner müssen auf hohe Einfuhrzölle, diplomatische Isolierung und – bei extremen Provokationen – militärisches Handeln gefasst sein. Welche Formen der Einsatz des Militärs annehmen könnte, ist nicht vorhersehbar, weil Trump sich zu dem Thema kaum geäußert hat, doch dürfte energisch vorgegangen werden (vermutlich mit Luftangriffen und Raketenschlägen gegen hochrangige Ziele).

Um sicherzustellen, dass Washington in beiden Politikmodi „liefern“ kann, hat er ein dazu passendes Führungsteam gebildet. Es besteht aus Leuten, die wissen, wie man Mitspieler mit lukrativen Geschäften belohnt (Tillerson als Außenminister), und daneben solchen, die sich im Gewalteininsatz gegen die Feinde der Nation auskennen (General Michael T. Flynn als Nationaler Sicherheitsberater und General James N. Mattis als Verteidigungsminister). Und damit seine Generäle in der Vorhand sind, falls und wenn sie die militärische Option umsetzen sollen, verlangt Trump einen massiven Ausbau der Streitkräfte – insbesondere der Marine als jener Waffengattung, die sich für Muskelspiele und Blitzoperationen besonders eignet.

Wie wird sich all das auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu einzelnen Regionen und Ländern auswirken?

Werfen wir zunächst einen Blick auf den Nahen und Mittleren Osten, insbesondere den Krieg gegen den IS (den sogenannten Islamischen Staat). Trump lässt keinen Zweifel daran, dass sein überragendes Ziel im Ausland darin bestehen werde, „ISIS zu vernichten“ und auch andere Manifestationen des „radikalislamischen Terrorismus“ zu zerschlagen. „Unmittelbar nach Amtsantritt“, erklärte er am 7. September 2016 in Philadelphia, „werde ich meine Generale bitten, mir einen Plan dafür vorzulegen, wie ISIS binnen dreißig Tagen besiegt und vernichtet werden kann“.

Der US-Krieg gegen den IS ist in hohem Maße innen- und weniger außenpolitisch bedingt. Dass Trump sich so entschlossen zeigt, diese Gruppierung

zu vernichten, liegt im Wesentlichen an der Angst seiner Anhänger vor deren internationaler Reichweite und an ihrem Hass auf den militanten Islam. Beim Gegenschlag gegen den IS, versprach er, werde es keine halben Sachen geben: Jedes militärisch verfügbare Instrument wird in einer schonungslosen Vernichtungskampagne eingesetzt werden. Wenn Familienangehörige und IS-nahe Zivilisten mit in diesen Mahlstrom geraten – sei's drum.

Zwar wird der Feldzug gegen ISIS hauptsächlich dem Militär übertragen werden, doch wirft er auch wichtige außenpolitische Fragen auf, zunächst einmal die, wen man einladen könnte, beim Endkampf gegen den IS mitzuwirken. „Wäre es nicht schön, wenn wir mit Russland zusammenkämen und ISIS richtig fertig machten?“, sagte er im Juli 2016 auf einer Kundgebung in North Carolina. Auch über ein mögliches Arbeitsverhältnis mit Baschar-al-Assad hat Trump sich andeutungsweise geäußert. „Ich mag Assad überhaupt nicht, aber Assad tötet ISIS“, sagte er bei der zweiten Fernsehdebatte mit Hillary Clinton am 9. Oktober. Die Führer dieser Länder werden natürlich als Gegenleistung gewisse Konzessionen erwarten – Russland die Anerkennung seiner Krim-Annexion und die Aufhebung von Sanktionen, Assads Syrien die Einstellung jeglicher Unterstützung der regierungsfeindlichen Rebellen.

Gewinner Türkei, Verlierer Saudi-Arabien

Auch mit anderen wichtigen Akteuren der Region wird Trump Arrangements anstreben. Wir sollten in nächster Zukunft eine Übereinkunft mit Präsident Recep Tayyip Erdogan darüber erwarten, dass die Türken den Druck auf den IS erhöhen, während die Vereinigten Staaten im Gegenzug ihre Unterstützung für die Kurdenmilizen im nördlichen Syrien reduzieren – ungeachtet der Tatsache, dass diese Gruppen sich als die effektivste Streitmacht im Bodenkrieg gegen den IS erwiesen haben. Erdogan zählte zu den ersten ausländischen Führern, die Trump nach seinem Wahlsieg gratulierten, und die beiden sprachen, wie es heißt, über eine bessere Zusammenarbeit bei Antiterror-Aktivitäten. Möglich erscheint auch, dass Trump in eine Auslieferung des im amerikanischen Exil lebenden türkischen Geistlichen Fethulla Gülen, den Ankara für den gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 verantwortlich macht, einwilligen könnte.

Washingtons Verhältnis zu Saudi-Arabien könnte dagegen im Ergebnis eines schärferen amerikanischen Vorgehens gegen den IS Schaden nehmen. Wie die saudi-arabische besteht auch die IS-Führung im wesentlichen aus Sunniten – und unter denen, die unter jeder Zunahme amerikanischer Luftschläge gegen IS-Stellungen zu leiden haben dürften, sind viele sunnitische Zivilisten. Andererseits bestehen die Gruppen, die den Bodenkrieg gegen den IS führen, großenteils aus Schiiten – seien es die vom Iran unterstützten Milizen im Irak oder die Alewiten und ihre Verbündeten in Syrien. Ein Sieg der Milizen und Assads Überleben wird in Riad unweigerlich als ein Triumph des Iran, Saudi-Arabiens Erzrivalen, aufgefasst werden. Es könnte sich als schwierig erweisen, das angespannte Verhältnis Washington-Riad zu

reparieren, zumal Trump darauf besteht, dass Saudi-Arabien für den Schutz, den die USA ihm seiner Meinung nach gewähren, kräftig zahlen sollte. Die Iraner wiederum haben – auf den ersten Blick – von Trumps Einzug ins Weiße Haus nichts Gutes zu erwarten. In seinem Wahlkampf hat er die internationale Vereinbarung über das iranische Atomprogramm immer wieder „den schlechtesten Deal der Geschichte“ genannt und versprochen, ihn, einmal im Amt, „auseinanderzunehmen“. Trumps Sicherheitsberater, General Flynn, ist ein erklärter Iran-Gegner und dürfte beharrlich auf die Einhaltung dieses Versprechens pochen. Allerdings könnte Trump es für vorteilhaft halten, mit Teheran stillschweigend übereinzukommen, dass der Kampf gegen den IS jetzt das dringlichste Thema ist. Das könnte die Bemühungen um eine Isolierung des Iran zunächst einmal bremsen.

Amerikanisch-russische Flitterwochen?

Was sich in den ersten Tagen und Wochen einer Trump-Administration am ehesten ändern dürfte, ist das Verhältnis zu Russland. Trump hat verschiedentlich seine Bewunderung für Wladimir Putin geäußert und angeboten, ihn zwecks Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu treffen. Nach einem Telefongespräch Putins mit dem President-elect deutete der Kreml in einer offiziellen Erklärung an, die beiden Politiker seien übereingekommen, „die Beziehungen zu normalisieren und bei einem möglichst breiten Themenspektrum konstruktiv zusammenzuarbeiten.“ Viele Beobachter glauben auch, dass Trump sich zum Teil deshalb für Tillerson als Außenminister entschied, weil dieser seit vielen Jahren mit dem Kreml in Verbindung steht, um Energiefragen zu klären, die sich durch ausgefeilte Joint Ventures zwischen Exxon und russischen Firmen in der Arktis sowie auf Sachalin ergaben.

Putin würde allerdings einen Fehler machen, nähme er an, dass etwaige Flitterwochen in den amerikanisch-russischen Beziehungen von Dauer sein könnten. Trump geht es, wie er mehr als deutlich gemacht hat, in erster Linie darum, US-Interessen Vorrang vor allem anderen zu verschaffen. Das lässt keinen Platz für Arrangements, die als Aufgabe der dominanten Stellung Amerikas auf dem globalen Schachbrett interpretiert werden könnten. Wir können nicht vorhersehen, an welchem Punkt ein herausforderndes russisches Vorgehen in Osteuropa diese Einstellung auf die Probe stellen würde, aber Trump wird es nicht zulassen, dass die Vereinigten Staaten in irgendeiner Situation als unentschlossen oder willensschwach dargestellt werden könnten. Mag sein, dass verdeckte Einmischungen Russlands im Baltikum oder auf dem Balkan Trump nicht erzürnen, aber ein offener Angriff auf einen US-Verbündeten würde zweifellos eine scharfe Reaktion provozieren.

Auch Trumps Absicht, das US-Militär erneut zu stärken, muss das Putin-Regime beunruhigen. Zwar zielen viele seiner Vorschläge, insbesondere eine wesentliche Vergrößerung der Marine, offenbar in erster Linie auf China, doch einige werden auch Russland Unbehagen bereiten. Das gilt beispielsweise für Trumps Forderung, die strategische Bomberflotte der USA zu

modernisieren und ein hochmodernes Raketenabwehrsystem zu schaffen. Diese Initiativen bedrohen China, würden aber besonders Russland stören, weil es sich zur Abschreckung westlicher Militäraktionen vor allem auf Atomwaffen stützt. Putin selbst hat sich in seiner jährlichen Ansprache zur Lage der Nation am 1. Dezember besorgt über diese Vorschläge geäußert: „Ich möchte betonen, dass Versuche, die strategische Parität aufzubrechen, äußerst gefährlich sind und zu einer globalen Katastrophe führen können.“

Das China-Dilemma

Im Wahlkampf hat Trump beharrlich über unfaire Handelspraktiken der Chinesen gegen die USA geschimpft und ihnen vorgeworfen, durch dreiste Aktivitäten, etwa die Errichtung von Stützpunkten im Südchinesischen Meer, Präsident Obama zu missachten. „China spielt mit uns [...] mit seinen Baumaßnahmen im Südchinesischen Meer“, äußerte er am 26. März 2016 gegenüber der „New York Times“. „Sie haben keinen Respekt vor unserem Land und sie haben keinen Respekt vor unserem Präsidenten.“

Trump geht davon aus, dass die Beziehungen mit Peking rauer werden und möchte mit Gegendruck darauf reagieren, dass China, wie er meint, die USA ausnutzt und missachtet. Wird das zu einem durch und durch antagonistischen Verhältnis führen – oder gar zu einer militärischen Auseinandersetzung? Auf die Frage, ob er Gewalt einsetzen werde, um die Chinesen aus ihren Stützpunkten im Südchinesischen Meer zu vertreiben, antwortete Trump: „Möglicherweise [...], aber wir haben große ökonomische Macht über China [...], die Macht des Handels.“ Er wolle, deutete er ohne ins Detail zu gehen an, vorzugsweise durch Zölle und andere Handelsmechanismen erreichen, dass China sein Verhalten ändert. Als Trump am 1. Dezember mit Tsai Ing-wen, der Präsidentin Taiwans, telefonierte, war dies das erste Gespräch zwischen einem amtierenden oder designierten US-Präsidenten und der taiwanesischen Führung seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Washingtons mit Taipeh im Jahre 1979. Der Vorgang kann im gleichen Sinne – als Aufbau von Gegendruck – verstanden werden: als Warnung, dass eine Trump-Administration härtere Maßnahmen ergreifen werde, falls China sich den amerikanischen Präferenzen nicht beugt. Unausgesprochen, aber für die chinesischen Führer unmissverständlich, stellt Trump damit weitere Nackenschläge in Aussicht: etwa die diplomatische Anerkennung Taiwans oder Militäractionen gegen chinesische Einrichtungen im Südchinesischen Meer.

Bei alledem dürfte Trump klar sein, dass er sich in bestimmten Schlüsselfragen Chinas Unterstützung sichern muss. Das gilt ganz besonders für die Gefahr, die aus Nordkorea droht – eine der drängendsten sicherheitspolitischen Fragen, mit der er sich nach Amtsantritt befassen muss. Obwohl sie vom größten Teil der Welt abgeschnitten sind, ist es den Nordkoreanern offenbar gelungen, ihr Atomwaffenarsenal auszubauen und ballistische Raketen zu entwickeln, mit denen sie Japan und US-Territorien im Pazifik treffen könnten. Die Chinesen wiederum scheinen einen Zusammenbruch

des Regimes zu fürchten, der möglicherweise einen Strom verzweifelter Flüchtlinge nach Nordchina auslösen und zur Schaffung eines vereinigten Korea unter US-Vormundschaft führen könnte. Also versorgen sie das Land mit lebenswichtigen Gütern. Trump weiß, dass er, wenn Pjöngjang gezwungen werden soll, sein Nuklearprogramm aufzugeben, einer Zusage Pekings bedarf, seinen Handel mit Nordkorea wesentlich zu verringern. „China sollte dieses Problem für uns lösen“, erklärte er in der ersten Fernsehdebatte mit Clinton. Das aber liefe natürlich auf schwierige Verhandlungen mit Peking hinaus und würde amerikanische Gegenleistungen erfordern. Auch wenn er bei einigen Themen, die ihm – wie beispielsweise der Handel – wichtig sind, ein chinesisches Einlenken erwartet, ist ihm durchaus klar, dass er bei anderen Problemen auf Pekings Mitwirkung angewiesen ist und deshalb selbst seinerseits ebenfalls Zugeständnisse machen müssen.

Am deutlichsten dürfte sich Trumps Distanz zu den Überzeugungen seiner Vorgänger allerdings im Umgang mit Europa und der Nato zeigen. Während alle früheren US-Präsidenten in der Nato den Eckstein amerikanischer Sicherheitspolitik sahen und Europa als eine Bastion der liberalen Weltordnung betrachteten, teilt Trump derartige Überzeugungen nicht. Vielmehr hat für ihn die atlantische Allianz im wichtigsten Kampf unserer Zeit – dem Krieg gegen den radikalislamischen Terror – zu wenig Einsatz gezeigt. Und Europa – als kollektives Gebilde – ermangelt der Handlungsfähigkeit, derer es bedürfte, um vitale US-Interessen durchsetzen zu helfen. Es verdient deshalb weniger Beachtung als andere, schlagkräftigere Mächte wie Russland oder China. Zwar hat Trump Jens Stoltenberg, dem Nato-Generalsekretär, am 18. November telefonisch versichert, er glaube an die „bleibende Bedeutung“ der Allianz, doch seither gibt es keine weiteren Äußerungen, in denen er dieses Bekenntnis bekräftigt hätte. Auch keine seiner personalpolitischen Entscheidungen in Militärfragen deutet darauf hin, dass er dem europäischen Schauplatz besondere Bedeutung beimisst. In Sachen Nato scheint er sich im Grunde nur für zwei Ziele zu interessieren: Die Bündnismitglieder müssen für die gemeinsame Verteidigung mehr bezahlen und die Nato muss sich energischer am Kampf gegen IS beteiligen. Alle anderen Kernfragen, wie etwa die Verteidigung der „Ostflanke“ gegen einen etwaigen russischen Angriff, scheinen ihm kaum Kopfzerbrechen zu bereiten. Allerdings kann man, wie gesagt, davon ausgehen, dass er auf jeden Schritt Moskaus, der die Ehre und Entschlossenheit der Vereinigten Staaten in Frage stellen könnte, nachdrücklich reagieren wird.

Auf dem weltpolitischen Schachbrett spielt Europa für Trump gegenwärtig eine nachgeordnete Rolle. Solange es nicht mit Kerninteressen der Vereinigten Staaten kollidiert oder übereinstimmt, wird der neue US-Präsident es wahrscheinlich ignorieren. Das fügt sich natürlich in das größere Muster der Trumpschen Außenpolitik ein: Amerika kommt zuerst, und alle anderen sind nur in dem Maße von Belang, in dem sie als Aktivposten oder als Hemmnis für die Durchsetzung fundamentaler US-Ziele gelten.

© Agence Global, Übersetzung: Karl D. Bredthauer